

Neue Bundesregierung: Deutsche erwarten Rückschritte in den Bereichen Klima, Rente und Wohnen

Hohe Kompetenzwerte bei Migration, Verteidigung und Wirtschaft

Hamburg, 12. Juni 2025 – Gut einen Monat ist die schwarz-rote Regierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz nun im Amt. In einer repräsentativen Umfrage hat das Markt- und Sozialforschungsinstitut Ipsos ermittelt, in welchen Bereichen die deutsche Bevölkerung nach dem Regierungswechsel Verbesserungen und in welchen sie Verschlechterungen erwartet. Am zuversichtlichsten äußern sich die Deutschen bei den Themen Verteidigung, Migration und Wirtschaft. Etwa die Hälfte der Befragten ist optimistisch, dass die neue Regierung in diesen Politikfeldern Fortschritte erzielen wird. Beim Klimaschutz, dem Schaffen von bezahlbarem Wohnraum und der Sicherung des Rentensystems sieht es anders aus: Hier rechnen die Deutschen eher mit einer Verschlechterung der aktuellen Situation.

Mehrheit glaubt an bessere Einsatzfähigkeit der Bundeswehr

53 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass sich die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung unter der neuen Bundesregierung verbessern wird. Nur 17 Prozent erwarten eine Verschlechterung des Status quo. Ein knappes Viertel (24 %) der Befragten rechnet damit, dass die Situation bei der Bundeswehr in etwa gleich bleiben wird. In keinem anderen Bereich ist das Vertrauen in eine Verbesserung der Lage so groß wie bei der Frage der Verteidigungsfähigkeit.

Zuversicht in der Migrations- und Wirtschaftspolitik

Auch Migration und Wirtschaft werden als Stärken der schwarz-roten Koalition angesehen. 45 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die neue Regierung Verbesserungen bei der Kontrolle von Migration und Asyl erzielen wird. Etwa ebenso viele (42 %) erwarten eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Allerdings geht jeweils etwas mehr als ein Viertel (Migration: 26 %, Wirtschaft: 28 %) auch davon aus, dass es in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode zu Verschlechterungen kommen wird.

Weitere Politikfelder, bei denen die Bundesbürger eher mit Fortschritten als mit Rückschritten rechnen, sind das Vorantreiben der Digitalisierung, der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, die Stärkung der inneren Sicherheit sowie die Bekämpfung von Kriminalität.

Wenig Vertrauen in Merz-Kabinett bei sozialen Themen

Wenn es um soziale Themen wie die Sicherung der Renten, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder die Bekämpfung von Armut geht, erwartet die Mehrheit der Bevölkerung von der neuen Bundesregierung keine positiven Veränderungen. Lediglich ein Fünftel der Befragten (sichere Rente: 20 %, bezahlbares Wohnen: 19 %, Armutsbekämpfung: 18 %) geht davon aus, dass die schwarz-rote Koalition in diesen Bereichen Fortschritte erzielen wird. Etwa doppelt so viele Befragte erwarten bei diesen sozialen Themen hingegen eine Verschlechterung der Lage unter dem Kabinett Merz:

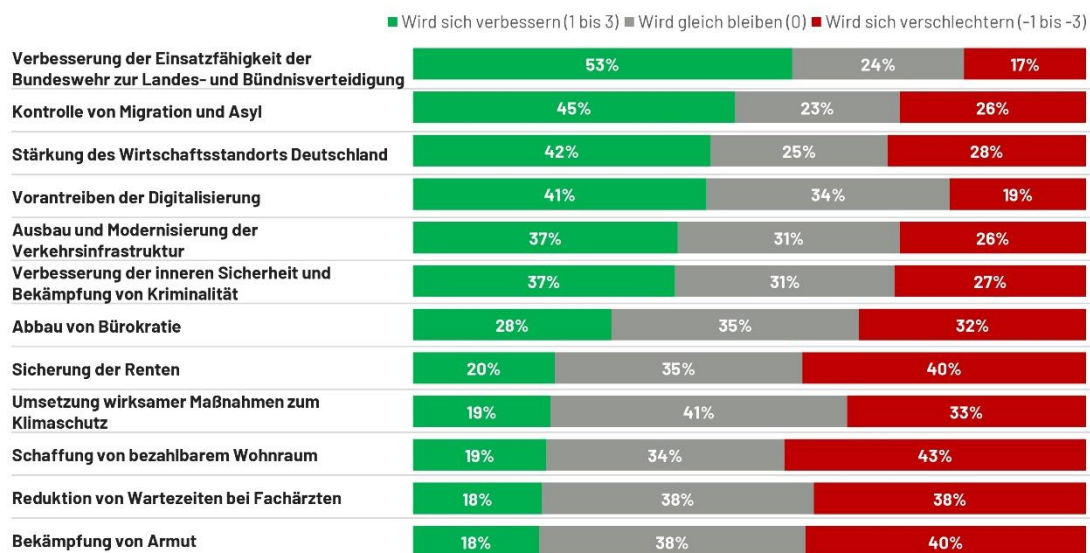
43 Prozent bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, 40 Prozent bei der Sicherung von Renten und ebenfalls 40 Prozent bei der Bekämpfung von Armut.

Pessimismus in Bezug auf Klima- und Gesundheitspolitik

Ähnlich sieht es beim Klimaschutz und der ärztlichen Versorgung aus. Nicht einmal jeder fünfte Deutsche rechnet damit, dass die neue Bundesregierung wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz (19 %) oder zur Reduktion von Wartezeiten bei Fachärzten (18 %) umsetzen wird. Etwa ein Drittel der Befragten (Klimaschutz: 33 %, ärztliche Versorgung: 38 %) geht von Rückschritten aus.

Stärken und Schwächen der Regierung: Hohe Erwartungen bei Migration, Verteidigung und Wirtschaft, Sorge um Klima, Rente und Wohnen

„Erwarten Sie, dass unter der Regierung aus CDU/CSU und SPD Verbesserungen oder Verschlechterungen in den folgenden Bereichen erzielt werden?“



Quotierte Onlinebefragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 30. Mai bis 1. Juni 2025. Fehlende Prozent zu 100% = Weiß nicht/Keine Angabe.



Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Umfrage fand vom 30. Mai bis zum 1. Juni 2025 statt.

Kontakt

Dr. Robert Grimm
Ipsos Politik- und Sozialforschung
robert.grimm@ipsos.com
Mobil: +49 160 2520275

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt. Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 14 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

Auszug aus dem Fragebogen

*Erwarten Sie, dass unter der Regierung aus CDU/CSU und SPD Verbesserungen oder Verschlechterungen in den folgenden Bereichen erzielt werden?
Bitte nutzen Sie, um Ihre Antwort abzustufen, die Skala von -3 (wird sich verschlechtern) bis 3 (wird sich verbessern).*

Reihen:

- 1) Vorantreiben der Digitalisierung
- 2) Abbau von Bürokratie
- 3) Reduktion von Wartezeiten bei Fachärzten
- 4) Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- 5) Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland
- 6) Verbesserung der inneren Sicherheit und Bekämpfung von Kriminalität
- 7) Kontrolle von Migration und Asyl
- 8) Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung
- 9) Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

- 10) Sicherung der Renten
- 11) Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz
- 12) Bekämpfung von Armut

Spalten:

- (-3) Wird sich verschlechtern
- (-2)
- (-1)
- (0) Wird gleich bleiben
- (1)
- (2)
- (3) Wird sich verbessern

- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe